

**Landtagssitzung 10./11. Dezember 2008**  
**Generaldebatte zum Landesbudget 2009**  
**Redebeitrag Klubobmann Johannes Rauch, Die Grünen**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Herr Präsident, hoher Landtag!

Was, meine Damen und Herren, bewegt dreihundert Menschen sich an einem Sonntagvormittag in einen vollkommen überfüllten Kinosaal zu begeben, um sich zwei Stunden lang einen Film über die absurden Machenschaften auf den Finanz- und Rohstoffmärkten anzuschauen? *Let's make money* - Einen Film, mit dem begonnen wurde, lange bevor die Ereignisse der letzten Wochen und Monate sich dramatisch zugespitzt haben. Die Beweggründe sind: Betroffenheit, auch Angst, wie das weitergeht und bei sehr vielen eine hohes Maß an Empörung.

Empörung darüber, auf welcher unbeschreiblichen Art und Weise über Jahre hinweg dem Kampftruf „Weniger Staat, mehr privat!“ folgend, vor allem in den westlichen Industrienationen, einem Casinokapitalismus der Weg bereitet wurde – auch in Österreich! In der auf den Film folgenden Diskussion ging es vor allem darum, wie denn nun das Fiasko, dessen wahres Ausmaß ja noch gar nicht abschätzbar ist, bewältigt werden kann.

Vor dieser Frage steht Österreich, vor dieser Frage steht auch Vorarlberg.

Die wöchentlichen Meldungen vom Arbeitsmarkt zeigen, wie real das vielzitierte „Überschwappen auf die Realwirtschaft“ geworden ist! Die Fragen, vor denen die Volkswirtschaften stehen, gleichen sich – von den USA über Deutschland bis nach Österreich:

Soll die US-Regierung die Automobilwirtschaft mit 35 Milliarden Euro vor dem Untergang retten? Soll Deutschland dem Autobauer Opel mit einer Milliardenspritze helfen? Soll die EU die gesamte europäische Autoindustrie mit einer noch größeren Milliardenspritze retten? Sollen, um das möglich zu machen, die Finanzminister die bisherigen Vorschriften zur "Budget- und Ausgabendisziplin" vergessen und schnell ein mächtiges Arbeitsplatzpaket

beschließen (so wie sie ganz schnell ein mächtiges Bankenrettungspaket beschlossen haben)? Eine Entscheidung, die nicht ohne Risiko zu treffen ist. Weder in Washington, noch in Brüssel, Wien oder Bregenz.

Entscheidungshilfe bietet der neue amerikanische Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Paul Krugman. Er schrieb unlängst in der New York Times, dass die traditionellen Instrumente der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik nicht greifen. In dieser außergewöhnlichen Situation, sagt er wörtlich, "gelten die üblichen Regeln der Wirtschaftspolitik nicht mehr. Tugend wird zum Laster, Vorsicht ist gefährlich und Besonnenheit ist Verrücktheit."

Anders formuliert: wer bei öffentlichen Investitionen jetzt spart, ist verrückt, wer glaubt, bei Gegenmaßnahmen auf der Bremse stehen zu müssen, handelt gefährlich, ja fahrlässig. Diese Fahrlässigkeit, legen sowohl die Bundesregierung wie auch die Landesregierung an den Tag: agiert wird, als habe gerade der Wind ein bisschen aufgefrischt, während allenthalben schon Sturmwarnung gegeben wird.

### **Was beim Hochwasser möglich war, muss auch jetzt getan werden!**

Bei der Budgetdebatte im Dezember 2005, kurz nach der verheerenden Hochwasserkatastrophe, sagte Landeshauptmann Sausgruber: „ Wir haben ein Betrag von 10 Millionen Euro als neue Darlehensaufnahme vorgesehen, zur Vorsorge, um unser Ziel zu erreichen, dass kein Betrieb und damit auch keine Arbeitsplätze und keine Familie im Land durch dieses Katastrophenereignis wirtschaftlich vernichtet werden.“ In der Folge wurden innerhalb von zwei Jahren insgesamt rund 180 Millionen Euro an öffentlichen Geldern zur Behebung der Schäden zur Verfügung gestellt.

Was beim Hochwasser möglich war, Herr Landeshauptmann, muss jetzt auch getan werden!

Der Unterschied zu einer Hochwasserkatastrophe ist allerdings: Es kann und darf nicht zugewartet werden, bis der Schaden – sprich der massenhafte Verlust von Arbeitsplätzen – eingetreten ist! Es ist Ihre Verantwortung, Herr Landeshauptmann, in Anbetracht der Auswirkungen auch auf den Vorarlberger Arbeitsmarkt, jetzt zu handeln. Was in diesem uns vorliegenden Landesbudget an Maßnahmen enthalten ist wird dem Ernst der Lage nicht gerecht. Dabei hätten Sie es so leicht, wie kein anderer Landeshauptmann in Österreich: Kein anderes Bundesland verfügt über eine dermaßen genaue Auflistung jener Projekte, die Vorarlbergs Gemeinden in den Jahren 2008 – 2012 in Angriff nehmen wollen.

Schulen, Kindergärten, Altersheime warten darauf, saniert zu werden. Allein damit könnten 100 Millionen Euro an Aufträgen für heimische Baufirmen, Installateure, Dachdecker, Bodenleger, Maler und andere vergeben werden!

Weitere 100 Millionen Euro an Neubauvorhaben liegen fix und fertig geplant in den Schubladen.

Mit unserem Vorschlag, dafür eine Sonderförderung des Landes in der Höhe von 15 Millionen Euro aufzulegen, könnten rasch und punktgenau Aufträge vergeben werden, die zweierlei bewirken: Die Sicherung von Arbeitsplätzen in vorwiegend kleineren und mittleren Unternehmen im Land und die Einsparung von 2/3 der bisher verbrauchten Heizenergie in den dann sanierten Gebäuden.

Sie würden damit übrigens punktgenau jener 15a-Vereinbarung über Maßnahmen im Gebäudesektor zur Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen gerecht, die wir heute noch beschließen werden: im Artikel 14 wird dort dezidiert gefordert, dass die Länder „alle Maßnahmen ergreifen sollen, die Sanierung und Errichtung von Gemeindegebäuden im Sinne der Vereinbarung beeinflussen.“

Ein Sanierungsprogramm für Landeseigene Gebäude, von Ihnen, meine Damen und Herren, der Regierungsparteien, im Ausschuss belächelt, könnt dasselbe leisten: Die Landesgebäude werden zu 57% mit Gas und zu 19% noch immer mit Heizöl beheizt, lediglich 3% mit erneuerbaren Energien! Bei den Landeskrankenhäusern schaut es noch schlechter aus. Das Landeskrankenhaus Rankweil verbraucht doppelt soviel Heizenergie pro Quadratmeter und

Jahr wie das Krankenhaus Bregenz – und Sie reden davon, dass eine Sanierung warten muss, bis irgendwelche „Strukturfragen“ in der Psychiatrie geklärt sind!

Ihre glorreiche Idee, die Küchen an den Spitälern aufzulassen und stattdessen eine Zentralküche zu bauen, kostet im übrigen rund 80 Arbeitsplätze – genau in jenem Bereich, wo die Jobs ohnehin schon rar sind.

In der Pflege und Betreuung könnten Sie mit Leichtigkeit anstatt des gescheiterten „Selbständigenmodells“ Beschäftigungsverhältnisse schaffen und zwar mindestens 100 Arbeitsplätze. Wirtschaftlich sinnvoll und notwendig in einer alternden Gesellschaft.

In der Kinder- und Schülerbetreuung sind wir ohnehin Schlusslicht in Österreich: investieren Sie doch in zusätzliche Stellen für Pädagoginnen und Pädagogen – vom Kindergarten bis zu den Hauptschulen, Polytechnischen- und Berufsschulen. „Lernhilfe statt Nachhilfe“ an Schulen durch bestens qualifiziertes Personal würde Arbeitsplätze schaffen und Vorarlberger Familien teure private Nachhilfe ersparen!

Viele kleine Projekte, die viele regionale Arbeitsplätze schaffen, meine Damen und Herren!

Nun versuchen Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, sich mangels Argumenten damit zu retten, dass Sie versuchen, uns Grüne für Ihre Untätigkeit verantwortlich zu machen. Doch dieser Verhinderungsvorwurf geht ins Leere. Ich hoffe, dass Sie wenigstens hier die Zahlen kennen. Hätten Sie die 140 Millionen, die der Achraintunnel kostet in die Althausanierung gesteckt, wären Investitionen von 300 Millionen Euro ausgelöst worden. Mit jeder Million Euro, die in die thermische Sanierung gesteckt wird, entstehen 14 Arbeitsplätze.

(WIFO-Studie, gestern veröffentlicht!). Aufträge für Vorarlberger Handwerksbetriebe, Geld für Vorarlberger Arbeitsplätze.

Die S 18, der Sie immer noch nachtrauern, hätte zwar 400 Millionen Euro gekostet und ein Naturschutzgebiet ruiniert, aber ganz sicher keinen einzigen heimischen Arbeitsplatz gesichert, weil das Großprojekt natürlich europaweit hätte ausgeschrieben werden müssen. Mittlerweile werden ja selbst Sanierungsmaßnahmen an Vorarlberger Straßen von Deutschen Unternehmen durchgeführt! Stecken Sie diese Summe in eine Ringstraßenbahn und den weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Sie schaffen damit doppelt so viele Arbeitsplätze als durch Autobahnbau – auf Dauer. Alles nachzulesen in Arbeitsplatzbilanzen und volkswirtschaftlichen

Rechnung von WIFO und Co. Sie werden uns mit noch so plumper Polemik nicht dazu bringen, zu dummen und naturzerstörenden Großprojekten ja zu sagen. Auch ein AKW schafft Arbeitsplätze – dumm bleibt es dennoch in jeder Hinsicht.

**„Es brennt lichterloh, aber der Landeshauptmann steht aus wahltaktischen Motiven auf dem Schlauch.“**

Niemand, meine Damen und Herren, verlangt vom kleinen Vorarlberg, dass es an den großen Rädern drehen muss, um gegenzusteuern. Wenn Sie, meine Damen und Herren, aber auch an den kleinen Rädern nur halbherzig drehen, obwohl Sie genau wissen, dass zögern und zaudern von allen möglichen Risiken das höchstmögliche darstellt, dann bleibt nur eine Schlussfolgerung: „Es brennt lichterloh, aber der Landeshauptmann steht aus wahltaktischen Motiven auf dem Schlauch.“

Oder anders gesagt: Sie warten mit dem Aufmachen der Schatulle bis ins nächste Jahr hinein, um sich dann im Vorfeld der Landtagswahlen als Feuerwehr betätigen zu können. Das mag für Sie im Hinblick auf die Wahlen möglicherweise sogar eine erfolgreiche Strategie sein – zu rechtfertigen ist sie nicht. Da hilft auch das hilflose Argument, Herr Landeshauptmann, „man solle jetzt nicht das ganze Pulver verschießen“, wie sie unlängst sagten, nichts. Erstens stünde auch dann, wenn sie 200 Millionen in zwei Jahren herausrücken würden, das Land nicht vor dem Bankrott und zweitens wissen Sie ganz genau, dass die Verhinderung von Arbeitslosigkeit allemal billiger und einfacher ist, als sie zu bekämpfen, wenn sie zum Großproblem geworden ist!

Und jetzt komme ich noch einmal zurück zum Hochwasser. Damals stand vielen Firmen und Tourismusbetrieben im Land im wahrsten Sinn des Wortes das Wasser bis zum Hals. Existenzen standen auf dem Spiel, das Überleben von ganzen Betrieben. Die Hilfe kam unverzüglich und sie kam im notwendigen Ausmaß. Die Botschaft hieß von Anfang an, vom ersten Tag an: „Wir lassen keinen hängen!“ Diese Botschaft ist angekommen und hat das

wichtigste Element in einer scheinbar hoffnungslosen Situation aktiviert: Hoffnung. Es hat bei den Betroffenen Reserven freigesetzt, den Willen, die Kraft durchzuhalten.

Und genau dieses Signal bräuchte es jetzt auch. Die Katastrophenmeldungen vom Arbeitsmarkt, die Krisenstimmung überall, zwangsweise verlängerte Betriebsurlaube über Weihnachten, drohende Kurzarbeit, die trübe Aussicht, den Kredit für Haus oder Wohnung möglicherweise nicht mehr bezahlen zu können – all das macht vielen Menschen Angst. Diese Menschen brauchen, so wie die seinerzeit vom Hochwasser Heimgesuchten es gebraucht haben, die Botschaft „Wir lassen keinen hängen!“ Sie brauchen eine zu allem entschlossene Landesregierung, die bereit ist, über den Schatten des Nulldefizits zu springen; die bereit ist, sehr viel mehr Geld als bisher vorgesehen in Arbeitsmarkt und Arbeitsplätze zu investieren; die bereit ist, die Existenz sicherzustellen, wenn das eigene Einkommen dafür nicht mehr ausreicht. Die Leute brauchen, schlicht und ergreifend, eine Perspektive.

Sie sollten, Herr Landeshauptmann, sich im klaren darüber sein, dass wir vor einem Hochwasser stehen. Wie heftig es ausfallen wird, hängt – nicht nur, aber sehr maßgeblich auch! – davon ab, wie Ihre Vorsorgemaßnahmen ausschauen. Und ich würde Ihnen dringend vorschlagen, in dieser Frage mehr auf den Schulterschluss aller gesellschaftlichen Kräfte in diesem Land zu setzen als darauf, dass Sie es schon alleine richten werden. Das könnte sich nämlich rasch als Trugschluss herausstellen.

Meine Damen und Herren!

Mit unseren Vorschlägen zum Budget versuchen wir, in die von mir zuvor skizzierte Richtung zu gehen. Mit unseren zusätzlichen vierzig Millionen Euro für Sanierungsprojekte in Gemeinden, für Jobs in Pflege und Betreuung, in Schulen und Kindergärten setzen wir den Schwerpunkt dort, wo er die beiden nächsten Jahre sein wird: bei der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Vorarlberg. Dort wo wir erkennen, dass erkennbare Fortschritte auszumachen sind stimmen wir zu: auch in diesem Jahr dem Kapitel „Wohnbauförderung“. Dort, wo angesichts einer Entwicklung, die uns vor riesige Herausforderungen stellen wird, nur Zögern und Zaudern erkennbar ist, sind wir nicht mit dabei: das sind alle anderen Kapitel des Budgets.